

- Persistenter Identifier:** 1571051867188_1984
- Titel:** ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen
- Ort:** Stuttgart
- Datierung:** 1984
- Strukturtyp:** volume
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1984/1/
-
- Abschnitt:** Technik, Technik über alles ...
- Autor:** Lindweiler, Wolfgang
- Strukturtyp:** article
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1984/223/LOG_0087/

Wolfgang Lindweiler

Technik, Technik über alles...

**von Handelskriegen,
Kommunalpolitikern,
Wissenschaftlern
und anderen Menschen**

Seit 1979 wird Köln verkabelt, bis 1986 sollen rund 20 Prozent der Kölner Haushalte an diese neue industrielle Nabelschnur angeschlossen sein. Das Ungetüm Kabelfernsehen ist freilich nur die Spitze des Eisbergs staatlicher und kommunaler Technologiepolitik. Der Geschäftsführer der Kölner Industrie- und Handelskammer (IHK) Detlef Sachse sieht es in seinem Zentralorgan „Markt und Wirtschaft“ grundsätzlich: „Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft unserer Wirtschaft. Der Industrie- und Handelskammer (IHK) Detlef Sachse sieht es in seinem Zentralorgan „Markt und Wirtschaft“ grundsätzlich: „Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft unserer Wirtschaft. Der Industrie- und Handelskammer (IHK) Detlef Sachse sieht es in seinem Zentralorgan „Markt und Wirtschaft“ grundsätzlich: „Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft unserer Wirtschaft. Der Industrie- und Handelskammer (IHK) Detlef Sachse sieht es in seinem Zentralorgan „Markt und Wirtschaft“ grundsätzlich: „Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft unserer Wirtschaft. Der Industrie- und Handelskammer (IHK) Detlef Sachse sieht es in seinem Zentralorgan „Markt und Wirtschaft“ grundsätzlich: „Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft unserer Wirtschaft.“

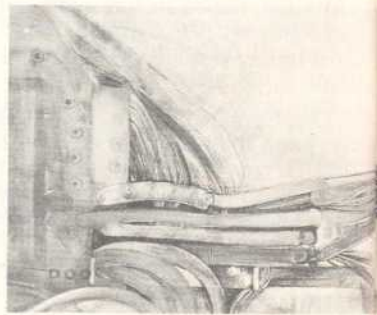
Jenseits des Industrialismus?

Sehen wir uns also einmal an, was bisher

jenseits aller Visionen zwischen Orwell und dem Ende der (Lohn-)Arbeit im Dschungel der Kölner Kommunalpolitik in die Gänge gekommen ist, um den Anschluß unserer Provinzstadt an das Weltniveau der kapitalistischen Produktion sicherzustellen. Denkanstöße für Kommunalpolitiker und andere gab es in den vergangenen Jahren ja genug: Pleiten und Unternehmensschließungen (Rheinkabel, Kolb, Arbed-F&G), Abwanderungsdrohungen angestammter Industriebetriebe (Esso), Arbeitsplatzbeschaffungspleiten wie der mißlungene Stollwerck-Deal. Endgültig letzter Auslöser für die mehr oder weniger hektischen Aktivitäten aller Beteiligten am „Klüngel für das Weltniveau“, als da wären sämtliche Ratsfraktionen, die relevanten Großbetriebe im Kölner Raum, die IHK usw. und nicht zuletzt die *Kölner Hochschule* und *Großforschungseinrichtungen* der Region (Kernforschungsanlage Jülich, Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung [Genetik] in Vogelsang und die Deutsche Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Porz) war die Präsentation der Ergebnisse der *DIFU-Studie über die Zukunftsperspektiven großstädtischer Ballungsräume in der BRD*. Verglichen wurden *München, Stuttgart, Frankfurt und Köln*. Galt bisher die räumliche Strukturierung der Stadt, die Aufteilung von Flächen für Wohnen, Kaufen und Arbeiten – und natürlich das Erschließen und Anpreisen von verkehrsgünstigen Industriestandorten – als wesentlicher Beitrag kommunaler Politik zur regionalen Ökonomie, weist die Studie nach, daß mit solcher Kommunalpolitik alten Stils keine Zukunftsperspektive mehr zu holen ist. Während Stuttgart (Arbeitslosenquote 3 %) dank der beispielhaften „aktiven Forschungsförderungspolitik“ der dortigen Landesregierung längerfristig keine besonderen Gefahren zu gegenwärtigen habe, droht dem Kölner Raum wegen der Krisenanfälligkeit der hier vorherrschenden Industrien (Fahrzeug- und Maschinenbau) und des hohen Besitzes „an rationalisierungsverdächtigen Betrieben im Dienstleistungsbereich“ die Entwicklung zu einem technologisch rückständigen und von besonders hoher Arbeitslosigkeit geprägten Relikt des Wirtschaftswunders, da der „Humus für fortschrittliche Produktionen und Dienstleistungen“ (DIFU) fehle. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt übrigens auch eine Studie des Prognos-Instituts zur möglichen Entwicklung Berlins: „Im Windschatten der Entwicklung“ werde die Stadt zu einer vom Bürgerkrieg gezeichneten Ruinenstätte, es sei denn, man orientiere sich an den neuen Technologien, fördere gezielt die Ansiedlung ökologisch sauberer Klein- und Mittelbetriebe und übe sich in Toleranz gegenüber der alternativen Szene, Subventionen eingeschlossen. Damit gewänne Berlin „als ökologisch orientierte Stadt internationalen Vorsprung“. Manch grünes Herz mag da angesichts solcher Perspektiven höher schlagen: Tut sich da nicht ein neuer Bündnispartner auf? Auch für Köln ist von OB Burger schon die Ansiedlung ökologisch orientierter Betriebe angesagt.

Die japanische Tendenz des rigiden, in einer Art von konzertierter Aktion betriebenen Abbaus sog. „Sackgassentechnologien“ – worunter allerdings keineswegs Atom- und Gentechnologie verstanden werden, sondern international nicht mehr

konkurrenzfähige Sparten wie z.B. Schiffbau und Stahlproduktion – bei gleichzeitiger, ebenfalls staatlich organisierter Kapitalverlagerung in rentablere Bereiche und einer Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes in Kernbelegschaften und ein ständig wachsendes Heer von im Verlagssystem oder gar als Kleinunternehmer „dezentraler“ Zuproduktion und Teleheimarbeit Arbeitender zeigt auf, daß der vielleicht beschleunigte grüne Puls so ganz richtig doch nicht tickt. Aber zurück vom Gelben Meer an den Aachener Weiher: wenn die DIFU-Studie der Kölner Region ein Ansteigen der Sockelarbeitslosigkeit auf 27 % (!) vorrechnet und als Ausweg ein auf die spezifischen Bedürfnisse der großen Dienstleistungsunternehmen wie Banken und Versicherungen zugeschnittenes Telekommunikationskabelnetz, eine stärkere Tendenz zur Teleheimarbeit und die Schaffung der für „neue“ Industrien notwendigen Infrastruktur (z.B. den Aufbau privater „Akademien“ = FHs und Unis) empfiehlt, dann wird klar, daß *Forschungs- und Technologiepolitik* nicht, wie gehabt, ein etwas exotisches Betätigungsfeld für linke Naturwissenschaftler und ein paar studentische Cracks bleiben kann, sondern als ein zentrales Auseinandersetzungsfeld im Kampf um eine „menschenwürdige Zukunft in der Stadt“ – gerade auch in Zu-



sammenhang mit dem traditionell unter „Sozialpolitik“ gefaßten Politikbereich – neu diskutiert werden muß.

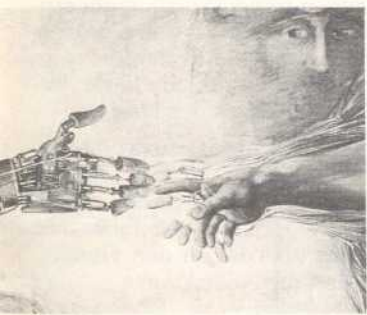
Klüngel für das Weltniveau

Von einer spezifischen Strategie der Kölner Ratsmafia für die Domstadt des 20. Jahrhunderts kann noch nicht die Rede sein, zu unterschiedlich sind die durch die Forschungs- und Hochschulpolitik des Bundes und das Schwerpunktprogramm „Zukunftstechnologien“ der Landesregierung gesetzten Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik. Es können aber doch einige Entwicklungsrichtungen in einer Art Bilderbogen illustriert werden. Da wäre zuerst einmal die den „gewachsenen Strukturen“ stadtkölnischer Kommunalpolitik entsprechende „*Kölner Technologierunde*“ – ein zunächst einmal unverbindlicher Gesprächskreis von Abgeordneten und Verwaltungsvertretern, Managern und Bankern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern, Keimzelle eines Kölner *Technologie-parks*, städtischer Braintrust für den präventiven Interessenausgleich hinter verschlossenen Türen und Werbeagentur für die „Akzeptanz“ neuer Technologien. So etwas Ähnliches hat die Landesregierung wohl im Sinn, wenn sie von einem „sozialen Konsens zur Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt“ redet. Erste konkrete Maßnahmen im Sinne dieses Gesprächskreises hat der Rat der

Stadt im April bereits einstimmig beschlossen: die Einrichtung eines städtischen „Informationszentrums neue Technologien“, wo insbesondere Arbeitnehmer an die modernen Zeiten gewöhnt werden sollen, die Werbung um zukunftssträchtige Industrieansiedlungen unter dem sinnigen Titel *KölnPromotion* und die Beteiligung der Stadt an der von der IHK bereits zu Beginn des Jahres ins Leben gerufenen „Technologietransferberatung“. Hinter dem letzten Schlagwort verbirgt sich so eine Art Wissenschaftsladen für Kapitalisten, insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe, die allein nicht die notwendigen Forschungskosten tragen können. Kölns Uni-Rektor *Gutmann* freut sich, daß die Wirtschaft zur Wissenschaft kommt. Und die Universität ist gerne bereit, ihr Forschungspotential in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen. Was darunter z.B. zu verstehen ist, zeigt die nächste Geschichte.

Bayer kauft einen Friedenskämpfer

Etwas prosaisch ausgedrückt: Zwischen dem Institut für Genetik, dem Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung (MPI) und der Bayer AG gibt es einen Kooperationsvertrag. Das hat bundesweite Gründe, denn einer der noch nicht abschließend von der verspätet-zukunfts-trächtigen Forschungsförderungspolitik



des schwäbischen Musterländes Baden-Württemberg absorbierten Bereiche ist die Gen- bzw. Biotechnologie. Es spielt, da es glücklicherweise in Gestalt des Kölner Genetik-Institutes unter der Leitung des Krefelder-Appell-erfahrenen Prof. Dr. *Peter Starlinger* auch in NRW sogenannte 'Spitzenforschung' gibt, eine wichtige Rolle in der innovationsfördernden Politik der hiesigen großen Fortschrittskoalition. In diesem Projekt schneiden sich sämtliche Ebenen staatlicher Strukturpolitik mittels Forschungsförderung: Die Kölner Genetik wird sowohl vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (dem peinlichen Herrn mit der Fliege) im Rahmen des Aufbaus von vier Forschungsschwerpunkten als auch von der Landesregierung im Rahmen ihrer sogenannten „Konzentration“ der Hochschulkapazitäten gefördert, wobei unter letzterem nichts anderes zu verstehen ist als die Umverteilung von Professorenstellen aus den 'überflüssigen' Lehrerbildungsbereichen in die Technologieproduktion. Vorerst noch unausgesprochen Bedingung für solche Förderung universitärer Forschung sind direkte finanzielle Beteiligungen durch die Industrie. So kam es zu einer Vereinbarung zwischen dem MPI als einer 'Großforschungseinrichtung des Bundes', der von der sozialdemokratischen Landesregierung abhängigen Universität und dem fußballbegeisterten Chemiegiganten. Inhalt dieses Vertrages: Abstimmung der Forschungsarbeit,

Austausch der Forschungsergebnisse und Mitfinanzierung der Hochschulforschung durch die Bayer AG. Der Einstieg weiterer Vertragspartner ist an die Zustimmung aller Beteiligten gebunden. Der besondere Clou dieses Deals ist nicht nur die Paradoxie, daß Bayer einerseits mit dem Gewicht seiner 'Drittmitter' in der Uni ein Raumverbot für die Vorführung eines Films über die Kriegsproduktion der Bayer AG durchsetzen kann und andererseits mit dem Aushängeschild der Initiative „Naturwissenschaftler für den Frieden“ kooperiert, sondern daß an den Inhalten dieses Projekts die grüne Begrifflichkeit ad absurdum geführt wird: Gerade die von den Bundes-Grünen als Teufelswerk und Sackgassentechnologie apostrophierte Genetik soll sich als ökologischer Superknüller erweisen, indem Pflanzen genetisch so zusammengebastelt werden, daß sie keine Schädlingsbekämpfungsmittel mehr brauchen, weil sie genetisch auf Vernichtung von Schädlingen programmiert sind. Oder Pflanzen, die auf Kunstdünger verzichten können, weil sie zur Anlagerung von Luftstickstoff manipuliert wurden. Daß natürlich mit der gleichen Technologie besonders ertragreiche Kulturpflanzen produziert werden können, die zum Funktionieren auf Chemikalien der Bayer AG angewiesen sind, steht auf der vertraulichen Rückseite der gleichen Medaille. So einfach, wie es sich das grüne Durchschnittsbewußtsein mit alternativer Produktion und sanfter Technologie zu machen beliebt, verhält es sich mit den 'Zukunftstechnologien' offensichtlich nicht. Die entscheidende Frage bleibt die nach der Verfügungsgewalt über die Resultate wissenschaftlicher Forschung: Bayer oder wir?

Und noch etwas: Man mag ja von Peter Starlingers rühigem Engagement für den Frieden halten, was man will, aber die allzu einfache Gleichung „traditionelle Friedensbewegung = Blindheit gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen“ geht solange nicht auf, wie das grün-alternative Spektrum in Sachen Technologie-Entwicklung nicht mehr zu bieten hat als ein diffuses, leicht irrationales „Weg mit dem Dreck“.

Bleibt noch ein drittes Kernstück des sich abzeichnenden technologischen Bermuda-Dreiecks aus Staat (resp. Stadt), Wissenschaft und Kapital zu beschreiben, die 'Gründerparks', Reservate für die Zukunft. Das eigentliche Kernstück der „neuen Gründerzeit“ sollen Technologie- oder Gründerparks, diese neusprachlich geschönten Träger der kapitalistischen Zukunftshoffnungen werden: Die Idee ist denkbar einfach: 'innovativen' Wissenschaftlern soll durch die Bereitstellung von Raum, Startkapital und Marketingberatung die Gründung der technologieorientierten Klein- und Mittelbetriebe ermöglicht werden, auf denen die Hoffnungen der Gesellschaftsplaner aller Parteien ruhen. Vorgesehen ist eine staatliche Förderung solcher Unternehmensgründungen für die ersten drei bis fünf Jahre, gekoppelt mit privatem 'Risikokapital'. In dieser Zeit muß dann die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt erreicht sein.

Gerade in Nordrhein-Westfalen gelten solche Technologieparks als zentraler Hebel zur Durchsetzung der erforderlichen Modernisierungen – Ministerpräsident *Rau* hat bei seinem USA-Besuch im Frühjahr nicht umsonst dem MIT (Massachusetts-Institute for Technology) einen Be-

such abgestattet. Nach dem Vorbild des Silicon Valley versprechen sich die Zukunftsverwalter von solchen Einrichtungen allen Unkenrufen zum Trotz den Durchbruch: Durch die Profitaussichten sollen Wissenschaftler aus dem Tran der akademischen Laufbahnen, der universitären Lustlosigkeit gerissen werden, um sich dem Abenteuer der kapitalistischen Konkurrenz auszusetzen. Die bisherigen Versuche in NRW – in Aachen und Mülheim/Ruhr – verliefen bisher allerdings wenig verheißungsvoll: Nur wenige 'Nachwuchsforscher' zeigten genügend Mut zum 'Risiko', die organisatorischen Bedingungen, Management-Beratung, zentrale Buchhaltung etc. sind noch nicht ausgereift, der sog. Mittelstand fürchtet offensichtlich die staatlich gehätschelte Konkurrenz. Trotz dieser Kinderkrankheiten sind die Technologieparks aber ein unverzichtbares Element der staatlichen Strategie, sichern sie doch – neben der geplanten gesetzlichen Anbindung universitärer Forschung an den Drittmitter-Markt industrieller Forschungsförderung – die Ausrichtung universitärer Wissenschaft an den aktuellen Marktchancen. Da es in Köln nicht nur die Universität, sondern auch technologisch viel relevantere Einrichtungen wie die DFVLR und die TÜV-Forschungsabteilungen, aber auch bereits die erste Unternehmensgründung aus der Universität heraus gibt, steht wohl über kurz oder lang auch in Köln die Gründung eines solchen, zum Spaziergehen und Ausruhen allerdings wenig geeigneten 'Parks' an. Ganz in diesem Sinne werden auch schon Einrichtung spezieller Unternehmensgründer-Seminare durch die WiSo-Fakultät der Kölner Universität angeboten. Bleibt noch die Frage: Was tun?

Wenn ich also hauptsächlich an der Uni aktiver Mensch mich nicht völlig von akademischer Betriebsblindheit freisprechen will, so bleibt doch nach den Diskussionen in den Basisgruppen und im „Grünen Arbeitskreis Hochschule“ die Frage, inwieweit es möglich sein könnte – statt in einer Verweigerungs- und Nischenmentalität der heilen alternativen Welt befangen zu bleiben – in Zusammenarbeit mit Leuten aus den Betrieben und Leuten, die in der Uni mit der Wissenschafts- und Technologieentwicklung konfrontiert sind, Perspektiven und Programme für eine – zugegebenermaßen 'reformistische' – Einflußnahme auf die Entwicklungsrichtung der Technologieproduktion und -anwendung auf kommunaler Ebene zu erarbeiten und gerade auch hier umzusetzen zu versuchen. Voraussetzung einer solchen Politik wäre aber, daß die Kölner 'Wahlbewegung' beginnt, Forschungspolitik auch im Zusammenhang von Stadt- und Regionalplanung und 'Sozialpolitik' zu diskutieren. Die Alternative zu dieser Politik wäre es, der großen Koalition der etablierten Parteien – nicht umsonst denkt CDU-Worms laut über eine große Koalition im Landtag nach – in guter staatsbürgerlicher Manier die reale Politik zu überlassen, maximal als 'Kaufpreis' nach hessischem Muster einige 'alternative' Arbeitsplätze über Staatsknete abzusichern. Warum die SPD überhaupt ein Interesse haben sollte, die GOL einzukaufen statt die Fortschrittskoalition der Profiklüngelanten fortzusetzen, ist mir allerdings schleierhaft.